

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

18. WP - 77. Sitzung

am Donnerstag, dem 30. Oktober 2014, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Johannes Callsen (CDU)

i. V. v. Peter Sönnichsen

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern</b>	<b>5</b>
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/2221</a>	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/2255</a> - selbstständig -	
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Drucksache 18/2267</a> - selbstständig -	
<b>2. Bericht des Ministerpräsidenten über die Umstrukturierung der Ministerien und den damit in Verbindung stehenden haushälterischen Veränderungen</b>	<b>6</b>
Antrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Umdruck 18/3440</a>	
<b>3. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs</b>	<b>9</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/1659</a>	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/1714</a>	
<b>4. Beteiligung des Landes an den Gutachterkosten zur Entwicklung eines Konzepts zur Sicherung der finanziellen und inhaltlichen Zukunftsfähigkeit der Schleswig-Holsteinischen Landestheater und Sinfonieorchester GmbH (SHLT GmbH)</b>	<b>10</b>
Antrag des Kulturministeriums <a href="#">Umdruck 18/3446</a>	
<b>5. Zustimmung zum Flächentausch der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten (AöR) gemäß § 3 Absatz 6 des Anstaltserrichtungsgesetzes vom 13.12.2007</b>	<b>11</b>
Antrag der Landesregierung <a href="#">Umdruck 18/3473</a>	

- 
- |                                                                                                                                                                                                  |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| <b>6. Haushaltsrecht reformieren - Kaufmännisches Rechnungswesen einführen</b>                                                                                                                   | 12 |
| Antrag der Fraktion der CDU<br><a href="#">Drucksache 18/1935</a> (neu)                                                                                                                          |    |
| <b>7. Gesetzentwurf der Landesregierung zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein</b> | 14 |
| <a href="#">Drucksache 18/2234</a>                                                                                                                                                               |    |
| <b>8. Sitzungstermine 2015</b>                                                                                                                                                                   | 15 |
| <a href="#">Umdruck 18/3448</a> (neu)                                                                                                                                                            |    |
| <b>9. Information/Kennntnisnahme</b>                                                                                                                                                             | 16 |
| <b>10. Verschiedenes</b>                                                                                                                                                                         | 17 |

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2221](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/2255](#) - selbstständig -

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/2267](#) - selbstständig -

(überwiesen am 11. September 2014 an den **Sozialausschuss** und alle weiteren Ausschüsse)

Der Ausschuss schließt sich dem Verfahren des federführenden Sozialausschusses an.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht des Ministerpräsidenten über die Umstrukturierung der Ministerien und den damit in Verbindung stehenden haushälterischen Veränderungen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
[Umdruck 18/3440](#)

Herr Losse-Müller, Chef der Staatskanzlei, berichtet über die vorgenommenen Umstrukturierungen der Ministerien und die damit in Verbindung stehenden Veränderungen (Anlagen 1 und 2).

Mit Wirkung vom 1. November 2014 träten folgende Änderungen der Geschäftsverteilung in Kraft: Erstens. Der Bereich Bundesangelegenheiten inklusive der Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund gehe aus dem Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten in das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten über. Zweitens. Der Bereich berufliche Bildung (ohne Weiterbildung) gehe aus dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie (MWAVT) in das Ministerium für Schule und Berufsbildung (MSB) über. Drittens. Der Bereich Meeresforschung gehe aus dem Ministerium für Schule und Berufsbildung (MSB) an das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie (MWAVT) über. Der Übergang der Aufgabe „Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung (GEOMAR)“ trete zum 1. Januar 2015 in Kraft. Viertens. Der Bereich Wissenschaft, Hochschulen, Forschung (ohne den Bereich Meeresforschung) und Hochschulmedizin gehe aus dem Ministerium für Schule und Berufsbildung (MSB) in das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung (MSGWG) über. Die angepassten Organigramme der Ressorts würden zeitnah nach Inkrafttreten der Änderung der Geschäftsverteilung auch im Internet eingestellt.

Aufgrund der Änderung der Geschäftsverteilung sei Staatssekretär Ralph Müller-Beck mit Wirkung vom 30. September 2014 vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie ins Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten versetzt worden. Mit Wirkung vom gleichen Tag sei er zum Bevollmächtigten des Landes Schleswig-Holstein beim Bund bestellt worden. Staatssekretär Rolf Fischer werde mit Wirkung vom 1. November 2014 vom Ministerium für Schule und Berufsbildung ins Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung versetzt.

Im Rahmen der Umbildung der Landesregierung hätten sich weiterhin folgende Veränderungen ergeben: Staatssekretär Stefan Studt sei mit Wirkung vom 26. September 2014 zum Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten ernannt worden. Mit Wirkung vom gleichen Tag sei Thomas Losse-Müller, bisher Staatssekretär im Finanzministerium, Chef der Staatskanzlei geworden. Staatssekretär Bernd Küpperbusch sei mit Wirkung vom 29. September 2014 in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Ministerialdirigentin Manuela Söller-Winkler sei mit Wirkung vom 30. September 2014 zur Staatssekretärin im Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten ernannt worden. Dr. Philipp Nimmermann sei mit Wirkung vom 20. Oktober 2014 zum Staatssekretär im Finanzministerium ernannt worden.

Die von der Umstrukturierung betroffenen Ressorts und das Finanzministerium hätten sich vor dem Hintergrund des verbleibenden Zeitrahmens 2014 darauf verständigt, von einer haushaltstechnischen Änderung der Geschäftsverteilung für das Jahr 2014 abzusehen. Die haushaltstechnische Umsetzung der Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung erfolge erst ab dem Haushaltsjahr 2015. Die Umsetzung erfolge über die Nachschiebeliste zum Haushaltsentwurf 2015, die dem Landtag nach der Kabinettsentscheidung am 11. November 2014 zugeleitet werde. Die Anpassung der Stellenabbaupfade an die Veränderung der Ressortzuschnitte sei parallel erfolgt.

Zu der Frage der Neuordnungen von Aufsichtsratspositionen verweist der Chef der Staatskanzlei auf die anliegende Übersicht. Die Besetzung des Verwaltungsrats bei Dataport sei durch das Kabinett noch nicht beschlossen worden und könne daher noch nicht übermittelt werden.

Abg. Dr. Garg erinnert an den Grundsatz, Ministerien grundsätzlich maximal vierzünftig zu fahren, und fragt, wo der Bereich Bundesangelegenheiten in den anderen Bundesländern ressortiere.

Herr Losse-Müller begründet die Ansiedlung des Bereichs Bundesangelegenheiten im Innenministerium, die eine Neuerung von Schleswig-Holstein sei, damit, dass personelle Kontinuität und Erfahrung in diesem Bereich erhalten bleiben solle.

Abg. Dr. Garg stellt fest, dass die Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund durch eine andere Person, nämlich Staatssekretär Müller-Beck, wahrgenommen werde.

Abg. Koch möchte wissen, inwieweit die Regierungsumbildung praktische Folgen für die Beschäftigten habe.

Herr Losse-Müller teilt mit, dass nur Leitungsbereiche und keine größeren Arbeitseinheiten von Umzügen betroffen seien. Die Wissenschaftsabteilung solle - unabhängig vom jetzigen Neuzuschnitt der Ministerien - in einer anderen Liegenschaft untergebracht werden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Staatskanzlei zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/1659](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1714](#)

(überwiesen am 21. März 2014 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/2898, 18/2961, 18/3019, 18/3049, 18/3050, 18/3059, 18/3110, 18/3120, 18/3122, 18/3126, 18/3129, 18/3130, 18/3131, 18/3132, 18/3141, 18/3142, 18/3143, 18/3144, 18/3149, 18/3159, 18/3176, 18/3182, 18/3244, 18/3263, 18/3292, 18/3293, 18/3294 \(neu\), 18/3326, 18/3472, 18/3479, 18/3489, 18/3500](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/3506](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/3507](#)

Über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs, [Drucksache 18/1659](#), und die dazugehörigen Änderungsanträge will der Finanzausschuss in gemeinsamer Sitzung mit dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss am 5. November 2014, 14 Uhr, beraten und beschließen.

Abg. Schmidt kündigt einen Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN an.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Beteiligung des Landes an den Gutachterkosten zur Entwicklung eines Konzepts zur Sicherung der finanziellen und inhaltlichen Zukunftsfähigkeit der Schleswig-Holsteinischen Landestheater und Sinfonieorchester GmbH (SHLT GmbH)**

Antrag des Kulturministeriums

[Umdruck 18/3446](#)

Abg. Schmidt merkt an, dass sich die PIRATEN ein Theatergutachten für das ganze Land Schleswig-Holstein wünschten.

Auf eine Frage von Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer teilt Frau Hohmann, Leiterin des Referats kulturelle Infrastruktur im Kulturministerium mit, das Gutachten zum Landestheater solle im März 2015 vorliegen, das Landestheater benötige bis 2016 Strukturentscheidungen, insbesondere zu Schleswig.

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die erbetene Einwilligung in die Beteiligung des Landes an den Gutachterkosten, [Umdruck 18/3446](#).

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Zustimmung zum Flächentausch der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten (AöR) gemäß § 3 Absatz 6 des Anstaltserrichtungsgesetzes vom 13.12.2007**

Antrag der Landesregierung  
[Umdruck 18/3473](#)

Auf Fragen von Abg. Koch und Winter antwortet Herr Boucsein, stellvertretender Direktor der Landesforsten, der Flächentausch führe zu einem deutlichen Arrondierungsgewinn, man nutze alle Flächen. Bei der Bewertung der Grundstücke seien auch die Baumbestände berücksichtigt worden.

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem Flächentausch der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten, [Umdruck 18/3473](#), zu.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Haushaltsrecht reformieren - Kaufmännisches Rechnungswesen einführen**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1935](#) (neu)

(überwiesen am 10. September 2014)

Abg. Koch wiederholt seinen Appell, nicht länger abzuwarten, bis auf europäischer Ebene etwas beschlossen werde, sondern sich jetzt Gedanken zu machen und mit möglichen Vorarbeiten zu beginnen.

Abg. Winter äußert, wenngleich man sich in dem Ziel, über kurz oder lang das kaufmännische Rechnungswesen in der Landesverwaltung einzuführen, einig sei, sollte man mit der Einführung der Doppik angesichts des damit verbundenen Kosten- und Arbeitsaufwands, der Erfahrungen im kommunalen Bereich und nicht geklärter rechtlicher Fragen nicht vorpreschen und die Beschlussfassung über den CDU-Antrag daher zurückstellen.

Auch Abg. Andresen unterstützt die Zielsetzung des Antrags, der möglichst gemeinsam beschlossen werden solle, wenn man auf europäischer Ebene weiter sei.

Auch Abg. Harms warnt davor, jetzt ein Rechnungswesen zu etablieren, das man aufgrund europäischer Vorgaben in wenigen Jahren wieder ändern müsse. Er schlägt vor, das Thema in Zusammenhang mit der Vorlage des Infrastrukturberichts der Landesregierung weiter zu beraten.

Abg. von Kalben verweist auf die Anstrengungen Hamburgs, die die Senatsverwaltung durch immer wieder neue Rahmenbedingungen belastet hätten. Die Thematik solle im Zusammenhang mit dem Infrastrukturbericht der Landesregierung und dem FDP-Antrag zur Generationenbilanz wieder aufgerufen werden.

Abg. Dr. Garg bittet das Finanzministerium, dem Finanzausschuss zu gegebener Zeit über eigene Überlegungen und Vorstellungen, Vor- und Nachteile zu berichten.

Finanzministerin Heinold macht darauf aufmerksam, dass EPSAS nach Angaben von Eurostat Kosten von 2,3 Milliarden € für Deutschland und ungefähr 80 Millionen € für Schleswig-Holstein auslöse. Gemeinsam mit den anderen Bundesländern versuche man, ein solches Kos-

tenausmaß zu verhindern und nicht 80 Millionen € in die Ausgestaltung der Buchführung zu investieren. Die Umstellung auf Doppik habe man als Konsolidierungsland nicht als vordringliche Aufgabe auf der Agenda, weil sie Ressourcen binde und von Vorgaben höherer Ebenen abhängen, die es noch nicht gebe.

Abg. Koch weist noch einmal darauf hin, welche Vorteile ein kaufmännisch orientiertes Rechnungswesen gegenüber der klassischen Einnahme- und Ausgaberechnung habe. Wenn man davon ausgehe, dass eine Umsetzung etwa zehn Jahre dauere, fielen jährlich 8 Millionen € an, was zu verantworten sei.

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den CDU-Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

„Die Landesregierung wird gebeten, einen Bericht für die Umstellung des Haushaltsrechts auf ein kaufmännisch orientiertes Rechnungswesen bis zum 31. März 2015 vorzulegen. Aus dem Bericht müssen der Reformprozess selbst sowie die hierfür erforderlichen Ressourcen hervorgehen.“

Finanzministerin Heinold versteht den Berichtsauftrag so, dass die Landesregierung über den Sachstand zu EPSAS und eigene Überlegungen zu der Thematik berichten solle.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Gesetzentwurf der Landesregierung zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein**

[Drucksache 18/2234](#)

(überwiesen am 9. Oktober 2014 an den **Finanzausschuss** und alle weiteren Ausschüsse)

Zu dem allen Ausschüssen überwiesenen Gesetzentwurf der Landesregierung zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein, [Drucksache 18/2234](#), will der Ausschuss schriftliche Stellungnahmen einholen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende gegenüber dem Ausschussgeschäftsführer bis zum 7. November 2014 zu benennen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Sitzungstermine 2015**

[Umdruck 18/3448](#) (neu)

Der Finanzausschuss will die Sitzungstermine 2015 in der nächsten Sitzung, am 6. November 2014, festlegen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Information/Kennntnisnahme**

- [Umdruck 18/3301](#) - Organisationsarbeit in der Landesverwaltung
- [Umdruck 18/3302](#) - Grundbucheintrag von Gut Salzau
- [Umdruck 18/3303](#) - Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung
- [Umdruck 18/3434](#) - Einzelplan 01
- [Umdruck 18/3435](#) - Bewirtungskosten Hochschulen
- [Umdruck 18/3344](#) - Forstabteilung der Landwirtschaftskammer
- [Umdruck 18/3345](#) - über- und außerplanmäßige Ausgaben III/2014
- [Umdruck 18/3346](#) - Einzelplan 07
- [Umdruck 18/3347](#) - Sondervermögen
- [Umdruck 18/3348](#) - Einzelplan 09
- [Umdruck 18/3366](#) - Konsolidierungshilfen
- [Umdruck 18/3442](#) - Einzelplan 07
- [Umdruck 18/3443](#) - Einzelplan 10
- [Umdruck 18/3444](#) - Förderung der Gedenkstättenarbeit
- [Umdruck 18/3445](#) - Einzelplan 04
- [Umdruck 18/3466](#) - Einzelplan 11
- [Umdruck 18/3467](#) - Einzelplan 13
- [Umdruck 18/3468](#) - Einzelplan 04
- [Umdruck 18/3469](#) - Einzelpläne 03 und 14
- [Umdruck 18/3470](#) - Einzelplan 10
- [Umdruck 18/3471](#) - Einzelplan 05
- interner [Umdruck 18/3239](#) - Zielvereinbarung Landwirtschaftskammer

Zur Vorlage des Berichts über die Finanzentwicklung der Konsolidierungskommunen gemäß § 16 a Absatz 8 FAG ([Umdruck 18/3366](#)) bittet der Vorsitzende die Fraktionen, sich Gedanken darüber zu machen, ob die Landesregierung den Finanz- und Innen- und Rechtsausschuss in Zukunft in dem Umfang unterrichten müsse.

Zu [Umdruck 18/3467](#) - Einzelplan 13 - wiederholt Abg. Koch seine Frage aus den Haushaltsberatungen, wie bei den Landesforsten angesichts eines im Wirtschaftsplan prognostizierten Verlustes eine Gewinnbeteiligung von 100.000 € an das Land abgeführt werden könne. - Finanzministerin Heinold verweist auf die laufenden Beratungen zur Nachschiebeliste.

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

In der nächsten Sitzung, am 6. November 2014, wird der Finanzausschuss Gespräche mit dem Vorstand der Investitionsbank und der GMSH führen.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 11:15 Uhr.

gez. Thomas Rother  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer